

17. III. 1916

Bundesratsauschuss für auswärtige Angelegenheiten.

in Berlin, 16. März. (Priv.-Tel.) Der Vorsitzende des in den letzten Tagen wieder einmal viel genannten Bundesratsauschusses für die auswärtigen Angelegenheiten ist der bayerische Ministerpräsident Graf von Hertling. So erklärt es sich auch, daß die knappe Mitteilung über den Verlauf der Sitzung, die dieser Ausschuss vorgestern im Reichskanzlerpalais gehalten hat, durch die halbamtliche Korrespondenz der bayerischen Regierung von München aus erfolgte.

Sonst heißt es gewöhnlich nur, daß dieser Ausschuss die Darlegungen des Reichskanzlers über die auswärtige Politik mit Dank entgegengenommen und sich mit ihnen einverstanden erklärt habe. Diesmal ist die Mitteilung etwas ausführlicher. Es wird gesagt, daß der Reichskanzler dem Ausschuss eine eingehende Darstellung der gesamten Lage vorgelegt hat, wie sie sich im gegenwärtigen Zeitpunkt des Weltkrieges für uns ergibt, und daß sich die zuverlässlichen und vom unerschütterlichen Willen zum Durchhalten bis zum siegreichen Ende des Kampfes getragenen Ausführungen des Kanzlers mit allen schwebenden Fragen beschäftigt haben. Das wird also heißen, nicht bloß mit der auswärtigen Politik im engeren Sinne, sondern auch mit der eng damit zusammenhängenden militärischen Lage und der Kriegsführung zu Wasser und zu Lande, und gewiß noch mit manchem, was damit im weiteren Zusammenhange steht und die Öffentlichkeit in letzter Zeit beschäftigt hat. Es hat die Bedeutung eines stark formulierten Vertrauensvotums, wenn in der Mitteilung weiter gesagt wird, daß die vom Kanzler vertretene Politik die ungeteilte und vertrauensvolle Zustimmung sämtlicher Mitglieder des Ausschusses gefunden hat. Zu diesem Ausschuss gehören bekanntlich außer Bayern und Württemberg Baden und Mecklenburg. Aber diese Zusammensetzung genügt wohl, um daraus auf die ungeteilte und vertrauensvolle Zustimmung der gesamten verbündeten Regierungen zu schließen. Es würde nicht nötig sein, darauf besonders hinzuweisen, wenn nicht in den letzten Wochen und Monaten an parlamentarischen Stellen und, soweit das unter den gegenwärtigen Verhältnissen möglich ist, auch in einem Teile der Presse, noch viel mehr aber in mancherlei Broschüren und Denkschriften, die als Manuskript verbreitet werden, Behauptungen aufgestellt worden und Darstellungen zu Tage getreten waren, aus denen man auf eine ungeteilte und vertrauensvolle Zustimmung zu der vom Reichskanzler vertretenen Politik durchaus nicht schließen konnte. Ist doch sogar in einem angesehenen Blatte kurz vor dem Zusammentritt des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten die mit dem Reiz des Ansehenshaften unkleidete Behauptung aufgestellt worden, daß sich die Reichsregierung durch einen Abgeordneten bemüht habe, in München zu verhindern, daß dieser Ausschuss für die auswärtigen Angelegenheiten zusammentrete. Das war eine für verständige Beurteiler fast komisch wirkende und eine ungewöhnliche Unternehmung der Verhältnisse verratende Behauptung. Daß auch derartige Behauptungen nun öffentlich durch die Vertrauenskundgebung des Ausschusses für die auswärtigen Angelegenheiten nebenbei beseitigt werden, ist gut, nicht der Person des Kanzlers wegen, sondern wegen der Lage, in der wir uns im zwanzigsten Monat des Krieges befinden, und wegen der Wirkung im Inlande und im Auslande.

Es ist übrigens anzunehmen, daß mindestens ein wesentlicher Teil dessen, was der Reichskanzler im Ausschuss mitgeteilt hat, auch den Führern der Fraktionen des Reichstages mitgeteilt ist, als sie am Dienstag beim Reichskanzler versammelt waren.